

PRO

Nach uns die Sintflut: die Konsequenzen des Abzugs aus Afghanistan

Präsident Joe Bidens aussenpolitische Misserfolge haben die Welt zu einem gefährlicheren Ort gemacht. Nicht nur in Afghanistan, auch in der Ukraine, in Weissrussland und in Russland ist der andauernde Bedeutungsverlust der USA sichtbar. Dies wird nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Christopher A. Hartwell und Dominique Ursprung

08.09.2021, 05.30 Uhr



Taliban-Kämpfer mit erbeuteten amerikanischen Fahrzeugen in Kandahar. Den Islamisten ist umfangreiche amerikanische Ausrüstung in die Hände gefallen.

EPA

Der rasche Sturz der demokratischen Regierung Afghanistans Mitte August und die fast nahtlose Rückkehr zur Taliban-Herrschaft nach zwei Jahrzehnten hat die US-Aussenpolitik in

eine schwere Krise gestürzt. Nach einem zwanzigjährigen Engagement, einer Billion Dollar für Hilfgelder und Ausbildung sowie dem Tod von 2325 amerikanischen Soldaten haben sich die US-Truppen im Land quasi über Nacht in Luft aufgelöst. Was bedeutet dieses Debakel für die US-Politik, und was sind die unmittelbaren und längerfristigen Auswirkungen? Gibt es Hoffnung, dass es den USA gelingt, gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen? Angesichts der Instinkte des aussenpolitischen Führungsteams der USA, allen voran Joseph Bidens mit seinem bisherigen Handeln während seiner Präsidentschaft und in Bezug auf Afghanistan, sind die Anzeichen für ein Wiedererstarken der Weltmacht USA nicht vielversprechend.

Wie löst man ein Problem wie Afghanistan?

Die Gründe für das Scheitern in Afghanistan sind unumstritten. Es ist seit langem bekannt, dass Afghanistan ein komplexes Land ist, in dem der Staatsaufbau gegen die Kultur, die Geschichte und den Einfluss Pakistans, das nur dem Namen nach ein Verbündeter der USA ist, ankämpfen musste. Die massive Wiederaufbauhilfe mit dem Ziel, einen modernen Staatsapparat aufzubauen, stiess bereits in den Jahrzehnten vor dem Sturz der Taliban 2001 auf Widerstand und weitverbreitete Korruption. Die Taliban wurden zwar militärisch besiegt, aber nie komplett geschlagen. Seit 2006 wurden immer wieder kleinere Aufstände gegen die von den USA unterstützte Regierung angezettelt, und 2009 hatten diese Attacken bereits deutlich an Fahrt gewonnen. Tatsächlich nahm dieser schleichende Aufstand mit jedem Jahr, in dem die Amerikaner im Land blieben, an Umfang zu und führte sporadisch auch zu Gebietseroberungen durch die Taliban.

Nach zwei Jahrzehnten war der Rückzug der USA längst überfällig: Die Afghanische Nationalarmee (ANA) war aufgebaut und die institutionelle Struktur einer modernen Verwaltung geschaffen worden. Die Frage, *ob* ein Abzug erfolgen sollte, ist jedoch eine ganz andere als diejenige, *wie* dies vonstattengehen müsste. Die USA hätten sich nie in der Weise zurückziehen dürfen, wie sie es getan haben. Die Regierung Biden hat sich als erschreckend inkompetent und unehrlich erwiesen, zunächst bei der Planung des Abzugs – bei der sich Biden über hochrangige Militärs hinwegsetzte, die vor einer solchen Katastrophe gewarnt hatten – und danach auch bei der Bewältigung des selbst verursachten Debakels. Niemand kann die Rückgabe des Landes an die Taliban rechtfertigen und schon gar nicht das Zurücklassen der umfangreichen militärischen Ausrüstung der USA.

Joe Biden hat noch versucht, die Frage, ob der Abzug nötig war, mit der Art und Weise, wie dieser umgesetzt worden ist, in seinen Erklärungen vor der Presse zu vermischen, doch ohne Erfolg. In einer merkwürdigen Verschleierungstaktik hat die Biden-Administration behauptet, ihr seien durch die Trump-Administration die Hände gebunden gewesen, während sie gleichzeitig die chaotische Evakuierung als Erfolg verkündete und die Logistik der Luftbrücke anpries. Es ist sehr merkwürdig, dass Präsident Biden in seiner Rede an das amerikanische Volk verkündete, 90 Prozent der Amerikaner, die Afghanistan hätten verlassen wollen, hätten auch tatsächlich gehen können. Kein anderer Präsident in der Geschichte hätte sich mit einer solchen Aussage wohl fühlen können.

Russland, Ukraine, Weissrussland: «America is back»?

Der verpfuschte Abzug aus Afghanistan – und vor allem die streitlustige und verwirrende Reaktion darauf – muss im Kontext sowohl von Joe Bidens Vergangenheit als auch der ersten sieben Monate seiner Präsidentschaft gesehen werden. Der gegenwärtige US-Präsident hat in der Aussenpolitik schon immer ein schlechtes Gespür bewiesen, was sich auch in seinem Widerstand gegen die Razzia zeigte, bei der schliesslich der Terrorist Usama bin Ladin 2011 in Pakistan getötet wurde. Der frühere amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates, der sowohl unter republikanischen als auch unter demokratischen Präsidenten diente, stellte in seinen 2015 erschienenen Memoiren fest, dass Biden «in den letzten vier Jahrzehnten in fast allen wichtigen Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik falsch gelegen ist». Biden widmet seine Zeit grösstenteils der innenpolitischen Agenda, was verständlich ist. Gleichzeitig fragt sich die Welt, wofür der neue Slogan «America is back» im internationalen Kontext noch steht?

Als Präsident und im Vergleich zu seinem Vorgänger Donald Trump hat Biden eine viel schwächere aussenpolitische Linie gegenüber denjenigen verfolgt, die als Rivalen der USA wahrgenommen werden. Wo Trump von vorne – in neue und oft unvorhersehbare Richtungen – führte, ähnelte Bidens Ansatz dem seines alten Chefs Barack Obama, der für sein «leading from behind» berühmt war. Ein Musterbeispiel dafür ist der Umgang mit Russland: Während Trump gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin viel zu gutgläubig war, verfolgte seine Administration gegenüber Russland eine weitaus aggressivere Politik als unter Obama und jetzt unter Biden. Trump beschleunigte den Verkauf von Waffen an die Ukraine und bekämpfte eine schleichende russische Invasion im Osten des Landes, drängte auf härtere

Sanktionen und stellte sich gegen das Pipeline-Projekt Nord Stream 2.

Zudem unterstützte Trump die Entwicklung der amerikanischen Erdölindustrie, um Russlands einzige Einnahmequelle zu untergraben. Im Gegensatz dazu hat Biden die USA in eine Art «Reset 2» mit den Russen geführt, indem er Nord Stream 2 gegen die Einwände der ukrainischen Regierung akzeptierte und der Energieunabhängigkeit Amerikas grosse Hindernisse in den Weg legte, einschliesslich der Beendigung des Öl-Pipeline-Projekts Keystone XL in den ersten Stunden seiner Präsidentschaft. Bidens Gipfeltreffen mit Putin in Genf wurde weithin als Argumentation aus der Schwäche heraus bewertet, unter anderem wegen der Übergabe einer Liste von kritischen Einrichtungen in den USA, gegen die Russland freundlicherweise keine Cyberattacken ausführen sollte.

Bedeutungsverlust der USA als Weltmacht

Angesichts der jüngsten Entwicklungen in Afghanistan besteht die begründete Sorge, dass die USA nicht in der Lage und nicht willens sind, einem aggressiveren China und einem unverändert aggressiven Russland entgegenzutreten. China hat sehr reale Pläne für Taiwan, und der Zusammenbruch Afghanistans hat die staatsnahen Medien Chinas ermutigt, Taiwan vor einem «Chaos» zu warnen, wenn die USA die Insel im Stich lassen sollten, wie sie es in Afghanistan getan haben. Ein Sprecher der Taliban hat verkündet, dass China ihr wichtigster Partner beim «Wiederaufbau» Afghanistans sein werde, da es bereit sei zu investieren. China nutzt hier sehr geschickt das Vakuum, das die USA wissentlich kreierte haben.

Gleichzeitig führt Russland seine Bemühungen zur Destabilisierung Osteuropas fort und unterstützt den weissrussischen Diktator Alexander Lukaschenko, der weiterhin die Opposition terrorisiert und internationale Normen mit Füßen tritt. Russland hat nun auch Afghanistan politisch instrumentalisiert und scheint den 1989 verlorenen Zugang zu diesem Land erfolgreich reaktivieren zu können: Die Taliban hatten Russland ausdrücklich den Schutz ihrer Botschaft in Kabul zugesichert.

Die Biden-Administration scheint bis jetzt sowohl mit Taten als auch mit Worten weder in der Lage noch willens zu sein, den Schaden dieser aussenpolitischen Misserfolge zu begrenzen. Es sieht daher so aus, als setze sich der Bedeutungsverlust der USA als Weltmacht – begonnen unter Obama und weiter beschleunigt unter Trump – auch unter Biden fort, wenn auch in einem weniger rasanten Tempo. Folglich muss der Rest der Welt fortan mehr Verantwortung für die Bekämpfung transnationaler Bedrohungen wie Terrorismus übernehmen. Ein Lichtblick ist, dass die Welt heute besser über die Hintergründe und die Finanzierung des internationalen Terrorismus informiert ist als noch 2001. Somit werden die Taliban zwangsläufig weniger Spielraum haben als unter der Clinton-Regierung in den 1990er Jahren. Gleichzeitig haben aber auch die Taliban dazugelernt – wie der Weg nach Kabul durch den Norden aufgezeigt hat –, und ihre Verbindungen zur Kaida und zu anderen terroristischen Organisationen sind immer noch da. Es besteht leider kein Zweifel daran, dass die derzeitige US-Regierung die Welt zu einem deutlich gefährlicheren Ort gemacht hat.

Christopher A. Hartwell ist Professor und Leiter des International Management Institute an der School of Management and Law der Zürcher

Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) sowie ehemaliger Länderreferent für Afghanistan im US-Finanzministerium. **Dominique Ursprung** unterrichtet internationale Beziehungen an der ZHAW School of Management and Law.

Mehr zum Thema

[Afghanistan](#)

[USA](#)

[Joe Biden](#)

[Russland](#)

[Taliban](#)